

Antragsbereich S / Antrag S6

AntragstellerInnen: SPD Frauen Bayern

Empfänger: Kl. Landesparteitag

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

S6: Initiative für gestaffelten Mutterschutz unterstützen und Aufklärungskampagne zum Thema Frauengesundheit mit dem Schwerpunkt Fehlgeburten

Wir fordern die Mitglieder der Bundestagsfraktion auf, die Initiative für einen gestaffelten Mutterschutz zu unterstützen und dazu einen Gesetzesentwurf zu entwickeln sowie sich für eine umfassende Aufklärungskampagne zum Thema Frauengesundheit (mit dem Schwerpunkt Fehlgeburten, aber auch

5 Themen wie Endometriose, HPV, unerfüllter Kinderwunsch, traumatische Geburten, etc.) einzusetzen, um das Allgemeinwissen und die Aufklärung in den frauengesundheitlichen Bereichen zu verbessern.

10

Keine Frau sollte am Tag nach einer Fehlgeburt wieder arbeiten gehen müssen. Ein gestaffelter Mutterschutz muss gesetzlich geregelt werden.

15

Eine frauengesundheitliche Aufklärungskampagne ist begleitend analog, digital und in Schulen notwendig.

Begründung

Jede dritte Frau erlebt eine Fehlgeburt. Bisher haben die betroffenen aber kein grundsätzliches Recht auf Mutterschutz. Die Schutzrechte gelten

20 erst ab der 24. Schwangerschaftswoche. Das ist die letzte Woche des 6. Schwangerschaftsmonats. Wenn eine Schwangere vorher ihr Kind verliert kann sie nur auf eine Krankschreibung¹

25

hoffen, hat aber kein Recht darauf. Und nicht jede*r Ärztin*Arzt stellt diese aus.

30

Fehlgeburten, Endometriose, HPV, unerfüllter Kinderwunsch, traumatische Geburten, etc.: Viele Themen rund um Frauengesundheit sind auch heute noch Tabuthemen, zu denen es in der Gesellschaft wenig Allgemeinwissen gibt. Diese durch die Tabuisierung hervorgerufene Wissenslücke führt häufig dazu, dass Mädchen und Frauen, wenn sie betroffen sind, kaum Vorwissen zu ihrer Situation haben. Erleiden sie beispielsweise eine Fehlgeburt, wissen sie meist nicht, wie häufig Fehlgeburten sind (und denken deswegen sie hätten etwas falsch gemacht), haben kein Wissen

35 zu ihren medizinischen Möglichkeiten (operative Ausschabung versus
abwartendes Management) und ihren Rechten (ab wann Mutterschutz, An-
spruch auf Hebammenbetreuung, Kündigungsschutz ab der 12. Woche, etc.).

In einer solchen Extremsituation ist es aber viel verlangt, sich dieses Wissen
40 ad hoc anzueignen und daraufhin weitreichende Entscheidungen zu treffen.
Zumal es aufgrund von Fachkräftemangel und Pflegenotstand in den Praxen
und Kliniken oft nicht möglich ist, eine umfassende und angemessene
Aufklärung zu gewährleisten.

45 Durch die Gesetzesinitiative für einen gestaffelten Mutterschutz nach

Fehlgeburten „Leere Wiege = volle Arbeitskraft?“ hat das Thema derzeit
medial eine große Aufmerksamkeit erlangt. So kann es mit tatkräftiger
Unterstützung der Bundestagsfraktion sofort in Angriff genommen und ein
50 Gesetzentwurf eingebracht werden.

Wir möchten, dass das Thema Fehlgeburten von der gesamten Bundes-
tagsfraktion unterstützt wird und wir wünschen uns Engagement für
mehr Aufmerksamkeit, Aufklärung und politische Ansätze für das Thema
55 Frauengesundheit und bitten um Zustimmung für diesen Antrag.

Da sich die Wahlperiode zu Ende neigt und Kompromisse in der Koalition im-
mer schwieriger werden, ist Eile geboten.

¹<https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/krankheitsfall-fehlzeiten-beschaeftigte-aok-100.html>